



Nein zu Rechtsextremismus

Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs lehnt jedes Gedankengut und Handeln ab, das sich gegen ein menschenwürdiges, tolerantes, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechendes Miteinander richtet. Das betrifft insbesondere rechtsextreme, rassistische und antisemitische Positionen. Der Beauftragte lehnt deshalb jede Zusammenarbeit mit Personen oder Gruppen ab, die diese Positionen vertreten und mit denen ein auf demokratischen Werten beruhendes Miteinander nicht gewährleistet ist.

Instrumentalisierung des Themas Missbrauch durch Rechtsextreme

Rechtsextreme instrumentalisieren das hochemotionale Thema des sexuellen Kindesmissbrauchs. Sie benutzen es als Teil ihrer Normalisierungsstrategie und versuchen so Anschluss in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Sie treten als „Kümmerer / Macher“ auf und wollen sich mit drastischen bildlichen Darstellungen und Forderungen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ als vermeintlich tatkräftige politische Alternative präsentieren. Sie bedienen sich dabei des Voyeurismus, schüren Ängste, legen den Fokus auf die Bestrafung von Tätern und Täterinnen und polemisieren gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Sie greifen strategisch auch auf Materialien und Symbole von seriösen, rechtsstaatlichen Organisationen und Vereinen zu oder verlinken auf deren Internetpräsenz, um die eigene Seriösität zu unterstreichen. Vereine, Organisationen und Initiativen, die sich mit Aufklärung, Prävention oder Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauch beschäftigen, werden dabei gezielt von Rechtsextremen instrumentalisiert. Auf diese Weise wird im öffentlichen Raum aber auch online, z.B. in sozialen Netzwerken wie Facebook, versucht, schnelle Zustimmung von vielen Personen zu erhalten, insbesondere auch von solchen, die sich nicht als rechtsextrem verstehen bzw. die Seiten nicht auf den ersten Blick als Seiten von Rechtsextremen identifizieren können.

Rechtsextremen geht es nicht um die Unterstützung von Betroffenen bei der Bewältigung des Erlebten oder die Prävention von sexuellem Missbrauch. Vielmehr geht es ihnen um Verherrlichung von Gewalt, Aufmerksamkeit, Wählerstimmen und neue Mitglieder. Die Forderung nach „Todesstrafe für Kinderschänder“ suggeriert, dass das komplexe Thema der sexualisierten Gewalt durch schnelles und direktes Handeln – nämlich die Rache an den Tätern durch drastische Strafen – zu lösen sei. Dabei werden rechtsstaatliche und menschenrechtliche Grundsätze missachtet.

Gegen die Instrumentalisierung der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ durch Rechtsextreme

Der Beauftragte spricht sich ausdrücklich gegen eine Nutzung seiner Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ durch Rechtsextreme aus. Wer das Kampagnensymbol, das weiße „X“, trägt oder zeigt, stellt sich hinter das Anliegen der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“: Diese will die Gesellschaft für das Thema sexueller Missbrauch weiter sensibilisieren und Eltern und Fachkräfte ermutigen, die Einführung von Konzepten zum Schutz von Mädchen und Jungen vor sexueller Gewalt in Einrichtungen, denen tagtäglich Kinder und Jugendliche anvertraut sind, einzufordern.



Die Kampagne ist mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Nutzungen nicht vereinbar. Wer das Symbol trägt, spricht sich für den Schutz von Mädchen und Jungen vor sexueller Gewalt aus, aber nicht für rechtsextreme Forderungen, wie beispielsweise nach der Todesstrafe für Sexualstraftäter.

Kooperation des Unabhängigen Beauftragten mit der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus/ Amadeu Antonio Stiftung

Der Unabhängige Beauftragte kooperiert mit der Antonio Amadeo Stiftung.

Die Stiftung klärt seit 1998 erfolgreich Vereine, NGOs und andere Institutionen zum Thema Rechtsextremismus auf und verfügt über umfassende Kenntnisse zum Problem der Instrumentalisierung von sexuellem Kindesmissbrauch durch Rechtsextreme. Gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung hat der Beauftragte ein Positionspapier gegen Rechtsextremismus erstellt, das sich auch auf der Kampagnenwebsite „Kein Raum für Missbrauch“ (www.kein-raum-fuer-missbrauch.de) findet und aus dem im obigen Statement „Nein zu Rechtsextremismus“ zitiert wird.

Informationen zur Amadeu Antonio Stiftung:
www.amadeu-antonio-stiftung.de

